

Keine Finanzspritze für die Ballettschule

Im Juni überwies das Basler Parlament einen Vorstoss, der finanzielle Hilfe für die Ballettschule Theater Basel forderte. Die Meinung kippte nach Missbrauchsvorwürfen.

Zara Zatti

Mehr finanzielle Unterstützung für die Ballettschule Theater Basel (BTB), das forderte eine Motion, die im Juni vom Grosse Rat an die Regierung überwiesen wurde. Eingereicht hatte sie Grossrätin Catherine Alioth von der LDP: Zudem sollte die Regierung innerhalb eines Jahres Massnahmen vorlegen, wie die BTB als eigenständige Bildungs- und Kulturinstitution erhalten bleiben kann. Bereits jetzt finanziert der Kanton Basel-Stadt die berufliche Grundbildung an der BTB mit einem jährlichen Beitrag von 18 000 Franken pro EFZ-Lernenden.

Die Ballettschule geriet vor kurzem mit Negativschlagzeilen in den Fokus. So schrieb das Basler Onlineportal «Bajour» ge-

meinsam mit der «NZZ am Sonntag» von gravierenden Missständen an der Schule. Zahlreiche ehemalige Absolventinnen und Absolventen der Schule berichteten im Artikel

«Momentan ist es nicht vertretbar, die Motion zu überweisen.»

Catherine Alioth
LDP-Grossrätin

von Demütigungen und anzüglichen Verhalten durch Lehrpersonen. In der Folge wurde die Direktorin, welche selbst Schülerinnen und Schüler unterrichtet hat, bis auf weiteres freigestellt. Die BTB hat ausserdem eine unabhängige Untersuchung in Auftrag gegeben. Die Direktorin der Ballettschule weist im Bericht von «Bajour» und der «NZZ am Sonntag» alle Vorwürfe zurück.

Regierungsrat lehnt Unterstützung ab

Der Basler Regierungsrat empfiehlt, die Motion nicht zu überweisen. Grund sind allerdings nicht die Vorwürfe, sondern die rechtliche Unzulässigkeit der Motion. Ein übergeordnetes öffentliches Interesse an der Weiterführung einer internationa-

len Profiausbildung für klassischen Tanz in Basel sei weder aus bildungs- noch aus kulturpolitischer Sicht gegeben.

Die Motion wurde am Mittwoch dann auch vom Grosse Rat abgelehnt. Dies aufgrund der aktuellen Entwicklungen. Alioth sagte: «Noch letzten Monat hätte ich Ihnen mit Herzblut erklärt, weshalb ich mich für den Staatsbeitrag einsetze.» Die Ausgangslage habe sich aber signifikant geändert. «Momentan ist es nicht vertretbar, die Motion zu überweisen», schloss sie. Der zuständige Regierungsrat Conradin Cramer sagte, die Regierung stehe in intensivem Kontakt mit der Ballettschule. «Wir klären, welche Massnahmen als Nächstes notwendig sind. Der Kanton steht in einer Mitverantwortung.»